****

**Fraktion GRÜNE im Gemeinderat**

**Rheinfelden**

21.7.2019

Herrn Oberbürgermeister

Klaus Eberhardt

Rathaus

Rheinfelden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um baldige Behandlung des folgenden Antrags im Gemeinderat.

**Klimanotstand in Rheinfelden**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Rheinfelden ruft den Klimanotstand aus.
2. Die Stadt Rheinfelden setzt sich zum Ziel, den CO**2**-Ausstoß bis zum Jahr 2030 um 55% zu reduzieren (Basisjahr 1990).
3. Die Stadt Rheinfelden setzt sich zum Ziel, bis zum Jahr 2040 eine klimaneutrale Stadt zu werden.
4. Der Gemeinderat beschließt die Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands in der im Anhang befindlichen Form und mit dem Auftrag, die zusätzlichen Maßnahmen auszuarbeiten, um einen deutlich höheren Wirkungsgrad zu erreichen. Zur Verwirklichung der Ziele nach den Punkten 2. und 3. wird als neues Klimaschutzkonzept ein „Masterplan Klimaschutz“ erstellt.

Folgende Maßnahmen zur Beschleunigung des Klimaschutzes werden geprüft, dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt und sind im Masterplan zu berücksichtigen:

1. **Klimaneutrale Energieversorgung von Neubauten**
Soweit die Stadt bei städtebaulichen Verträgen, Grundstückskaufverträgen und Erbbaurechtsverträgen über eine entsprechende Handhabe verfügt, wird für Neubauten eine in der Jahresbilanz klimaneutrale Energieversorgung mit möglichst hohem Anteil lokal verfügbarer regenerativer Energien als Ziel fixiert. Es soll auch dargelegt werden, welche Optimierungsmöglichkeiten bei den sogenannten „grauen Emissionen“ (Emissionen durch die Erstellung der Gebäude) bestehen. Geprüft wird, ob sich durch die klimaneutrale Energieversorgung ein Zielkonflikt zum geförderten Wohnungsbau ergibt und wie er gelöst werden kann.
2. **Mobilitätsmanagement für die Gesamtstadt**
Teil des Masterplans „Klimaschutz“ ist ein Mobilitätsmanagement. Hauptziel ist die Verminderung des motorisierten Individualverkehrs: Mit „weichen“ Maßnahmen soll bei möglichst vielen Verkehrsteilnehmer/innen ein Verständnis für die „harten“ Maßnahmen zur Steuerung des ruhenden und des fließenden Verkehrs gewonnen werden, um ein Umdenken bei der Wahl der Verkehrsmittel zu erreichen.
3. **Energiemanagement für städtische Gebäude**
Das Hochbauamt wird aufgefordert, bis April 2020 zusammen mit dem Energie- und dem Klimaschutzmanager zu prüfen, wie das Energiemanagement für die städtischen Gebäude verbessert werden kann. Bereits im Energiebericht genannte, aber nicht umgesetzte Vorschläge sind beschleunigt in Angriff zu nehmen.
4. **Maßnahmen zur Erhöhung der Sanierungsrate im Stadtgebiet**
Die Verwaltung wird aufgefordert, mehrere Varianten für ein „Anreizprogramm 2030“ zur Sanierung des Gebäudebestands zu prüfen und dem Gemeinderat zusammen mit anderen möglichen Maßnahmen bis zum Frühjahr 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. **SWR-Zielkatalog**
Ein Zielkatalog für die Stadtwerke Rheinfelden wird bis Mitte 2020 ausgearbeitet und zusammen mit dem Klimaschutzmanager um grundsätzliche Klimaschutzanforderungen ergänzt.
6. **Ziele im European Energy Award**
Auf Grundlage des nächsten internen Audits sollen zusätzliche Maßnahmen zusammengestellt werden, die es ermöglichen, in „Gold-Reichweite“ (75 %) zu kommen. Dem Gemeinderat wird hierzu berichtet.
7. **Haushalt**
Die für die Umsetzung erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen sind dem Gemeinderat einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung mit Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfs vorzulegen. Hierüber ist gesondert abzustimmen.
8. **Klimabeirat**Aus Einwohnern und Stadträten soll ein Klimabeirat als ein den Prozess begleitendes Gremium gebildet werden, das auch der Evaluierung und Nachjustierung aller Einzelprozesse dient. Die Einwohner sollen sich aus „Zufallsbürgern“ zusammensetzen.

**Resolution zum Klimanotstand**

Der Rheinfelder Gemeinderat

1. erklärt den Klimanotstand (Climate Emergency), folgt dem Vorbild von Stadt und Kanton Basel sowie in Baden-Württemberg den Städten Konstanz, Bühl, Heidelberg und Karlsruhe und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Mit dem politischen Begriff „Klimanotstand“ kann die Bedeutung des Klimaschutzes weiter priorisiert werden. Dabei wird jedoch betont, dass dies keine rechtlich verbindliche Bedeutung hat, sondern der Verdeutlichung einer Notwendigkeit dient, die Klimaschutzerfordernisse anzuerkennen,
2. erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf der Grundlage des Pariser Abkommens auf 1,5°C zu begrenzen. Besonders besorgniserregend und aktuelle Grundlage des Klimanotstands ist es, dass neueste Ergebnisse bereits von einer Erderwärmung um 3°C bis zum Jahr 2050 ausgehen – so der Club of Rome\*);
3. versteht den Klimaschutz als eine zentrale Entwicklungsstrategie für die gesamte Stadt einschließlich ihrer Industriebetriebe. Er berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab Januar 2020 das Kästchen „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzmanager in der Begründung dargestellt werden;
4. stellt fest, dass die 2012 verabschiedeten Maßnahmen im Klimaschutzkonzept Rheinfeldens bei einer Gesamtbetrachtung ebenso wenig ausreichen wie die Vorgaben der „Lokalen Agenda 21“, des Kursbuchs „Rheinfelden 2020“ und des Strategiekonzeptes für Rheinfelden von 2015;
5. fordert die Verwaltung auf, in einem Konzept aufzuzeigen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Klimaschutzziele für Rheinfelden mit einem höheren Wirkungsgrad zu erreichen und eine Vergleichs-Benchmark zu anderen Vorreiter-Kommunen zu ziehen. Der beantragte Masterplan soll eine fundierte und strukturierte Basis für Rheinfeldens Weg in die Klimaneutralität legen.
6. fordert den Oberbürgermeister auf, dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten;
7. fordert auch andere Kommunen im Landkreis Lörrach auf, dem Rheinfelder Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO**2**-Besteuerung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen;
8. fordert alle Einrichtungen mit städtischer Beteiligung dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Gemeinderat dazu jeweils vor Jahresende Bericht zu erstatten;
9. erkennt, dass der Erhalt und Ausbau von Grünflächen ein zentrales Thema für viele Einwohner unserer Stadt ist. Grünzüge, die als Kaltluftschneisen wirken und unversiegelte Flächen, die Regenwasser speichern können, sind auch wichtig für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Genauso wenig soll Rheinfelden ins Umland wuchern, mit all den ökologischen Folgekosten, die eine solche Entwicklung mit sich bringen würde.

Begründung:

 Die durch die Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) angeregte Ausrufung des Klimanotstands dient dazu, „alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten.“ Um zu gewährleisten, dass die Verabschiedung der Resolution kein reiner Symbolakt bleibt, muss in einem Masterplan „Klimaschutz“ analysiert werden, wer welche Beiträge erbringen kann und muss – einen solchen erweiterbaren Schritt stellt die Vorlage dar. Hierbei wurde der Forderungskatalog der FFF als Grundlage genommen und entsprechend angepasst.

Die Resolution bezieht sich nicht nur auf das Rheinfelder Klima, sondern auf das Klima weltweit. Die Verabschiedung der Resolution ist ein Signal und ein Impuls: ein Signal auch und gerade an die jungen Menschen in Rheinfelden, dass dieses Thema, das die Jugend sehr bewegt, hier angekommen ist. Seitens der Politik und der Verwaltung ist dieser Beschluss zudem ein Signal der Bereitschaft, das Tempo im Klimaschutz so zu beschleunigen, dass das Ziel der Klimaneutralität erreicht werden kann. Klimaschutz ist ein Thema, das aber nicht nur Politik und Verwaltung angeht, sondern zu dem alle beitragen müssen.

Dabei wird nicht verkannt, dass Rheinfelden im Klimaschutz auf einem guten Weg ist. Zahlreiche Maßnahmen zur Verminderung des CO**2**-Ausstoßes wurden bereits in die Wege geleitet. Einen wesentlichen Teil zur Verbesserung unserer CO**2**-Bilanz wird der bereits beschlossene und teilweise umgesetzte Weg in die Nahwärmeversorgung sein. Angesichts der deutlich verschärften Anforderungen an die Bekämpfung des Klimawandels reichen alle Maßnahmen aber nicht aus, um die neu anzuvisierenden Ziele zu erreichen.

 Egal, ob es sich um die individuelle Ebene von Unternehmen und Privathaushalten oder um kollektive Ebenen (Kommune, Kreis, Agglomeration, Bund, Land – aber auch Vereine, Verbände) handelt: alle müssen mehr als bisher unternehmen und dabei aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeiten gut miteinander zusammenarbeiten.

Konsequenter Klimaschutz ist ein Programm für die langfristige Sicherung von Wohlstand und gesellschaftlicher Stabilität. Die Schülerinnen und Schüler, die Freitag für Freitag für den Klimaschutz auf die Straße gehen, haben das verstanden; es ist höchste Zeit, dass auch die Politik das versteht. Rheinfelden muss mit einer klaren Vision verwaltet werden.

Der Weg zur klimaneutralen Stadt ist eine historische Herausforderung für Rheinfelden. Er wird uns immer wieder vor neue Fragen stellen. Die Stadt wird sich dabei Schritt für Schritt verändern und mit ihr auch unser Denken. Wir glauben, dass in unserer Stadt die Fähigkeiten und der Pragmatismus stecken, um diesen Weg zu gehen.

Einstimmig beschlossen in der Fraktionsklausur am 20.7.2019.

Für die Fraktion:



Heiner Lohmann, Fraktionsvorsitzender

**Wir sind mitten drin im Klimawandel – es ist bereits zwölf Uhr!**

**Erläuterungen**

**Begriff „Klimanotstand“:**

Mit der Verwendung des Begriffs wird anerkannt, dass auf der Erde eine akute und gegenwärtige Gefahr für das Klima und durch den Klimawandel und seine Folgen auch für das Leben der Menschen besteht. Der Klimanotstand beinhaltet die Aufforderung, diese Gefahren durch schnelles Handeln abzumildern oder zu beseitigen. Alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung sollen gebündelt werden, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten.

**Begriff „klimaneutral“:**

Durch die Stadt Rheinfelden wird die Menge an klimaschädlichen Gasen in der Atmosphäre nicht mehr erhöht.

**\*) Club of Rome (Zusammenfassung der Resultate)**:

Aufgrund neuer Berechnungen wird prognostiziert, dass die internationale Zielsetzung ***keine Chance mehr hat***, die CO**2**-Konzentration so niedrig zu halten, dass die Durchschnittstemperatur um weit unter 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter ansteigt (Zielsetzung des Pariser Abkommens von 2015). Die EU-Klimaziele für 2030 - eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40% gegenüber 1990 - sind unzureichend. Der Ausstieg der USA aus dem Abkommen und die Passivität vieler Regierungen bedeutet: Die Welt ist auf dem Weg zu ***mindestens*** 3°C-Erwärmung.

Das Klima der Erde wird im Jahr 2050 deutlich wärmer sein als heute und es wird sich danach noch weiter erwärmen. Das Klima wird sich fühlbar ändern und die Menschen werden mit zunehmender Sorge in die Zukunft blicken. Die Welt des Jahres 2050 wird - angesichts des Anstiegs der Meeresspiegel um 0,3 m –im wörtlichen Sinn bis zu den Knien in einem selbst verschuldeten Klimaproblem stecken. Diese Krise kann sich zu einer Katastrophe auswachsen, wenn es zu einem sich selbst verstärkenden Klimawandel kommt. Diese Möglichkeit besteht für die 2. Hälfte des 21. Jahrhunderts, falls die Temperaturen so weit steigen, dass die Tundra zu schmelzen beginnt und dadurch riesige Mengen an Methangas freigesetzt werden, das bisher im Permafrostboden festgehalten wird. Methan ist ein bedeutend wirksameres Treibhausgas als CO**2**, das, einmal freigesetzt, die Temperaturen weiter in die Höhe treiben wird, was wiederum dazu führt, dass immer mehr Tundra schmilzt, bis die gesamte Tundra geschmolzen und alles Methan entwichen ist.

[*Notiz:* Aktuell (Juli 2019) brennt die Tundra rund um die Arktis in einem nie dagewesenen Ausmaß. 50 Millionen Tonnen CO**2** sind bereits freigesetzt worden. Dadurch ergeben sich zwei Effekte: Kohlenstoff, etwa aus Pflanzenresten auf vielen ausgetrockneten Flächen, wird verbrannt. Das CO**2** gelangt in die Atmosphäre. Allein in diesem Juni waren das nach Angaben des Global Fire Assimilation System 50 Millionen Tonnen. Das ist etwa das 10- bis 20-fache im Vergleich zu früheren Jahren. 50 Millionen Tonnen CO**2** entspricht der Menge an Klimagas, die Schweden, Ungarn und Bulgarien zusammen in einem Jahr produzieren. Der zweite Effekt: Durch die Feuer tauen auch tiefere Schichten des Permafrostbodens auf, die dann durch Bakterien oder andere Organismen abgebaut werden, die Methan in die Atmosphäre emittieren. Forscher warnen daher schon heute vor einer dramatischen Kettenreaktion. Auch in Sibirien haben Wissenschaftler ein Auftauen des Permafrostbodens als Folge des Klimawandels festgestellt, unabhängig von den Bränden.]